

Branche bereit für mehr Verantwortung

[07.03.2019] Der Rückgang der Zubauzahlen stand im Fokus der Pressekonferenz des Bundesverbands WindEnergie Berlin/Brandenburg. Die Branche sei bereit, mehr Verantwortung zu übernehmen, sagte Landesvorsitzender Jan Hinrich Glahr. Die Landesregierung dürfe aber nicht weiter bremsen.

Der Bundesverband WindEnergie Berlin/Brandenburg (BWE) hat Anfang März auf seiner Jahrespressekonferenz die Wind-Zubauzahlen für das Jahr 2018 in Brandenburg und die Prognosen für 2019/2020 vorgestellt. Wie der BWE mitteilt, betrug die kumulierte installierte Leistung der Windenergie Ende 2018 – bei knapp 3.800 errichteten Windenergieanlagen – 6,9 Gigawatt (GW). Im Jahr 2018 wurden 91 Windenergieanlagen mit einer Brutto-Leistung von 289 Megawatt (MW) in Brandenburg neu installiert, das ist ein Rückgang von 46 Prozent neu installierter Leistung gegenüber dem Vorjahr. In den Ausschreibungsrunden 2018 gingen Zuschläge für 123 Anlagen mit 391 MW an Windstandorte in Brandenburg. „Auf der Grundlage der Ausschreibungsergebnisse rechnen wir auch für 2019 lediglich mit einem Zubau wie 2018 von etwa 300 MW“, sagte Jan Hinrich Glahr, Landesvorsitzender des BWE Berlin/Brandenburg. Problematisch sei vor allem der weitere Rückgang neuer Genehmigungen. Diese seien zwischen 2017 und 2018 im Vergleich zu den Jahren 2014 bis 2016 um 48 Prozent zurückgegangen.

Landesregierung bremst Ausbau weiter

„Die Situation wird sich noch deutlich verschärfen, wenn die Landesregierung das geplante Gesetz zur Änderung der Regionalplanung beschließt“, betonte Jan Philipp, Regionalleiter des Planungsbüros wpd in Berlin Brandenburg. Der Gesetzentwurf sieht für Regionen ohne wirksamen Regionalplan ein Genehmigungs-Moratorium vor. „Die beabsichtigte Gesetzesänderung ist abgesehen davon auch nicht erforderlich“, ergänzte Jan Thiele, Rechtsanwalt der Kanzlei Dombert. „Der Gesetzgeber schießt hier deutlich über das Ziel hinaus. Denn schon jetzt gibt es rechtlich ausreichende Instrumente, um einen planerischen Wildwuchs in den Regionen, die einen neuen Regionalplan für die Windenergie aufstellen, zu verhindern.“

Verbesserung der Akzeptanz

„Die Brandenburger Landespolitik muss ihren Bürgerinnen und Bürgern erklären, dass nach den Ergebnissen der Kohlekommission spätestens im Jahr 2038 Schluss ist mit der Verstromung der Braunkohle“, betonte Glahr. Einen Teil der Wertschöpfung, die in der Lausitz verloren geht, würden die Erneuerbaren und insbesondere die Windbranche auffangen können. Glahr weiter: „Die Windbranche ist bereit, mehr Verantwortung zu übernehmen. Denn: Brandenburg soll Energieland bleiben, aber Erneuerbar! Dazu ist ein weiterer Ausbau der Windenergie auf mindestens 10,5 GW bis 2030 unumgänglich.“

Thema der Pressekonferenz waren auch die Maßnahmen zur Verbesserung der Akzeptanz von Windenergieprojekten. Dazu gehört die flächendeckende Einführung der bedarfsgesteuerten Nachtkennzeichnung. Ebenso begrüße die Branche eine bundeseinheitliche Regelung zur finanziellen Beteiligung von Kommunen an dem Betrieb von Windenergieanlagen, meldet der BEW.

(sav)

Stichwörter: Windenergie, BWE Berlin/Brandenburg